

Schiersteiner Zeitung

Amts-Blatt.



Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend
(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)
(Schiersteiner Neuzeit Nachrichten) — (Niederwallener Zeitung)

Anzeigen
für die einseitige Kolonialzeitung
der deren Raum 25 Bg.
Kellern 60 Bg.

Bezugspreis
monatlich 80 Bg., mit Dringern
100 Bg. Durch die Post
bezogen vierteljährlich 2,55 Mk.
auschl. Postgebühren.

Erscheint: Dienstags,
Donnerstags, Samstags
Druck und Verlag
Probst'sche Buchdruckerei
Schierstein.
Verantwortlicher Schriftsteller
Wilh. Probst, Schierstein.

Fernruf Nr. 164.

Postfachkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Fernruf Nr. 164

Nr. 100.

Donnerstag, den 28. August 1919.

27. Jahrgang

Bekanntmachung.

Von Seiten der deutschen Beamten im Bereiche der Armee darf zu keiner neuen Eidesleistung geschritten werden.

Jeder Beamte, der einen neuen Eid ablegt, begeht ein schweres Vergehen.

Wiesbaden, den 25. August 1919.

Le Commandant de Juvigny,
Administrateur militaire au Cercle
de Wiesbaden (Campagne).
signé: de Juvigny.

Xe Armée District de Wiesbaden Cercle de Wiesbaden
(Campagne). No. 7214/A.

CIRCULAIRE

per MM. les Commandants d'Armes et les Maires
du Cercle de Wiesbaden (Campagne)

Die am 20. Oktober 1918 in Umlauf gesetzten Banknoten werden jetzt aus dem Verkehr gezogen. Dieselben können bis zum 10. Sept. 1919 in allen Dienststellen der Reichsbank umgetauscht werden. Der spätere Austausch könnte nur binnen Jahresfrist bei der Reichsbank in Berlin geschehen.

Diese unter dem Namen „Trauernoten“ bekannten Banknoten sind an der schwarzen Umrahmung derselben deutlich erkennbar und tragen an der linken Seite ein grünes Merkmal mit der Nummer auf grauem Grund.

Dieselben Maßnahmen beziehen sich auch auf die am 1. Oktober 1918 in Umlauf gesetzten 50-Mark-Banknoten.

Le Commandant de Juvigny
Administrateur militaire du Cercle
de Wiesbaden (Campagne).
signé: de JUVIGNY.

Xe Armée District de Wiesbaden Cercle de Wiesbaden
Campagne. No. 7215/A.

Bekanntmachung.

Kaufleute oder landwirtschaftliche Syndikate, die bestehende Artikel zu kaufen wünschen, wollen sich zum 31. d. Mts. bei der Militär-Kreisverwaltung im Landkreis Wiesbaden schriftlich melden:

- 1.) Landwirtschaftliches Pferdegeschirr und Deichselgeschirr.
- 2.) Kunstdünger.

Wiesbaden, den 23. August 1919.

Le Commandant de Juvigny
Administrateur militaire du Cercle
de Wiesbaden (Campagne).
signé: de Juvigny.

Bekanntmachung.

Während der Vorkommenheit und Unlust gegen die alliierten Personen.

Alle Zivilpersonen müssen unter allen Umständen allerorts die Vorkommenheit gegen die Offiziere der alliierten Armeen und Unlust gegen die Militärpersonen jeden Grades und der sie begleitenden Zivilpersonen wahren.

Die Polizei- und Eisenbahnbeamten, und Beamte öffentlichen Dienstes, die eine Uniform oder Dienstkleidung tragen, sind den alliierten Offizieren den Gruß zu erwidern.

Gleichfalls sind die deutschen Militär-Personen jeden Grades den alliierten Militär-Personen den Gruß zu erwidern.

Wiesbaden, den 25. August 1919.

Le Commandant de Juvigny
Administrateur militaire du Cercle de
Wiesbaden (Campagne).
signé: de JUVIGNY.

Xe Armée District de Wiesbaden Cercle de Wiesbaden
(Campagne). 7245/A.

Bekanntmachung.

1.)— Erlaubt ist:

Die Veröffentlichung ohne vorherige Zensur und die Einfuhr in das besetzte Gebiet von allen Zeitungen, Zeitschriften, Broschüren, Büchern und Filmen, von welcher Herkunft sie auch sein mögen, mit Ausnahme derjenigen, die Gegenstand eines besonderen Verbots sind oder sein werden.

2.)— Die Veröffentlichung, der Verkehr, die Verbreitung oder der Verkauf aller Artikel, Neuigkeiten, Bilder usw., die auf die Sicherheit und die Würde der alliierten Besatzungstruppen Anstoß nehmen, sind verboten.

3.)— Kein gedrucktes oder handschriftliches Plakat, das einen politischen Charakter trägt, darf angeschlagen werden, bevor es nicht den französischen Militärbehörden vorgelegt wurde, mit der Angabe des Namens, der Person, die für das Plakat verantwortlich ist. Der Bürgermeister wird dafür Sorge tragen, daß jedes Plakat, das ohne vorherige Zensur unter den obigen Bedingungen angeschlagen wurde, vernichtet wird.

4.)— Provisorisch: Die politischen Zeitungen aus dem unbefetzten Deutschland können nur unter der Adresse der Buchhändler oder Zeitungsverleger in das besetzte Gebiet geschickt werden. Ein Exemplar jeder Zeitungs- und Zeitschriftennummer, die in das besetzte Gebiet geschickt werden, ist vom Verleger an den „Generalstab der X. Armee, Pressebureau in Mainz“ zu schicken.

Wiesbaden, den 25. August 1919.

Le Commandant de Juvigny
Administrateur militaire du Cercle
de Wiesbaden (Campagne).
signé: de Juvigny.

7246—1/A. Bekanntmachung.

Die Hotel-, Cafe- und Weinstubenbesitzer werden gewarnt, daß sie sich schweren Strafen aussetzen, wenn sie bei sich die Glücksspiele dulden.

Die deutschen Polizeibehörden werden den Militär-Kreisverwalter benachrichtigen, ob Militärpersonen in diesen Lokalen spielen.

Wiesbaden, den 23. August 1919.

Le Commandant de Juvigny,
Administrateur militaire du Cercle
de Wiesbaden (Campagne).
signé: de Juvigny.

Xe Armée District de Wiesbaden Cercle de Wiesbaden
(Campagne). No. 7299/A.

Bekanntmachung.

Gemäß dem Reichsgesetz vom 23.12.1919 (Verordnung über Tarifverträge, Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten) sind die durch die Angestellten-Ausschüsse oder Gewerkschaften vertretenen Arbeitgeber und Arbeitnehmer verpflichtet, ihre Streitigkeiten vor den „Schlichtungsausschuss“ zu bringen, bevor zu einem Streik oder zur Entlassung der Arbeiter geschritten wird.

Le Commandant de JUVIGNY
Administrateur militaire du Cercle
de Wiesbaden (Campagne).

Das Reichsheer.

Erlasse Eberts und Noskes.

mz. Berlin, 27. Aug. Das „Heeresverordnungsblatt“, das an die Stelle des bisher vom preussischen Kriegsministerium herausgegebenen „Armeeverordnungsblatt“ tritt, enthält eine Verordnung des Reichspräsidenten Ebert, worin es heißt:

Mit dem Inkrafttreten der Verfassung sind alle Teile der Wehrmacht des Reiches meinem Oberbefehl unterstellt. Ich übertrage die Ausübung dieses Oberbefehls dem Reichswehrminister, soweit ich nicht unmittelbar Befehle erteile. Gleichzeitig ist die Heeresverwaltung auf das Reich übergegangen und hat die Selbstständigkeit der Heeresverwaltungen der einzelnen Länder aufgehört. Die Verwaltungsbefugnisse und die Kommandogewalt

stehen daher den einzelstaatlichen Kriegsministerien nicht mehr zu. Mittel des Reiches sind für ihre Stellung vom 1. Oktober 1919 ab nicht mehr verfügbar. Die Verantwortung für militärische Maßnahmen und Ausgaben wird nunmehr allein von der Reichsregierung getragen und von ihr vor der Nationalversammlung oder dem Reichstag vertreten. Spätestens am 1. Oktober soll aus den vorhandenen einzelstaatlichen Kriegsministerien und den sonst geeigneten Militärbehörden das Reichswehrministerium gebildet sein. In der Uebergangszeit wird sich der Reichswehrminister zur Führung der Verwaltung der vorhandenen einzelstaatlichen militärischen Zentralbehörden bedienen, die zu diesem Zweck in Reichswehrbefehlstellen umgewandelt werden. Er wird dabei der landsmannschaftlichen Eigenart in den einzelnen Ländern im Sinne der mit den Landesregierungen während der Verfassungsberatung getroffenen Vereinbarungen Rechnung tragen und die endgültige Regelung dieser Beziehungen durch ein neu zu schaffendes Wehrgesetz schleunigst in die Wege leiten.

Im Anschluß daran wird eine Bekanntmachung des Reichswehrministers Noske veröffentlicht, worin es heißt:

Die Chefs der Reichswehrbefehlstellen erhalten bis auf weiteres die Befugnis, die Verwaltungsangelegenheiten ihres Bereichs in meiner Vertretung selbständig zu erledigen. Außerdem bevollmächtige ich bis zum vollendeten Ausbau des Reichswehrministeriums die Reichswehrbefehlstelle Preußen, in meiner Abwesenheit und in minderwertigen Sachen in der Art der Geschäftsführung des bisherigen preussischen Kriegsministeriums die für das gesamte Heer gültigen Erlasse für mich zu bearbeiten und „in Vertretung“ bzw. „im Auftrage“ zu unterzeichnen. Anordnungen und Maßnahmen, die zu ihrer Wirksamkeit der Zustimmung des Reichspräsidenten und meiner ministeriellen Gegenzeichnung bedürfen, sind hiervon ausgeschlossen. Die Chefs der Reichswehrbefehlstellen üben auch die Befehlsgewalt über die Truppen ihres Bereichs aus, soweit ich nicht unmittelbare Befehle an die Truppen erteile, die hinsichtlich der Führung und Verwendung der Truppen die Regeln bilden werden.

Ein Hilferuf der Gefangenen in England.

mz. Berlin, 28. Aug. In Cassel traf gestern ein Lazarettzug mit hundert deutschen Kriegsgefangenen aus England ein. Sie brachten eine Bittschrift an die deutsche Regierung mit, die von Tausenden von Gefangenen unterschrieben ist und dringend um rasche Hilfe für die Heimbeförderung der Gefangenen ersucht. Die Bittschrift wurde sofort an die Reichsregierung weitergeleitet.

Die preussischen Staatseisenbahnen ohne Einkommen.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat soeben den beteiligten Gemeinden mitgeteilt, daß für das Steuerjahr 1919 ein nach den Ergebnissen des Rechnungsjahres 1918 zu versteuerndes kommunalabgabepflichtiges Reicheinkommen der preussischen Eisenbahnen nicht vorhanden ist. Durch diese amtliche Feststellung erleiden zahlreiche Gemeinden einen erheblichen Steuerausfall.

Zur Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

—* Zu der Frage des Notenumtausches gibt das Reichsfinanzministerium amtlich bekannt: Ueber die Durchführung des Gesetzes gegen die Kapitalflucht haben in den letzten Tagen Besprechungen mit einem großen Kreis von Sachverständigen stattgefunden. Nach dem Ergebnis dieser Beratungen beabsichtigt der Reichsminister der Finanzen nicht, den Umtausch des deutschen Papiergeldes vorzuschreiben. Eine Abstempelung der Banknoten etc. ist überhaupt nie in Frage gekommen.

—* Die Reichsversicherung plant eine Reform des vierten Buches der Reichsversicherungen vorzunehmen und die Beiträge für die Reichsversicherungen zu erhöhen. Eine Erhöhung der Beiträge ließe sich wegen der beabsichtigten Erhöhung der Renten nicht umgehen. Das Reich will in Erwägung ziehen, ob in Zukunft ein Teil der Rentenzulagen nicht vom Reich übernommen werden kann, um die Träger der Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung nicht stark zu belasten.

Gleitwig. Die Entente-Kommission hatte Verhandlungen mit der Reichswehrbrigade Gleitwig. Hieran wurde eine Abordnung aus Gultschin empfangen. Sodann begab sich die Kommission nach Hindenburg und Plasnik. Wie verlautet, wird sich die Kommission mehrere Tage in Oberschlesien aufhalten.

Brüssel. Nach der Zeitung „Vingtieme Siecle“ hat der Oberste Rat der Alliierten das belgisch-englische Abkommen ratifiziert, nach dem Belgien einen großen Teil der Gebiete von Urundo und Ruanda in Ostafrika zugewiesen bekommt.

Brüssel. Der Senat nahm den Friedensvertrag einstimmig an.

Noch immer nicht.

Die Meldung, daß der Abtransport der deutschen Kriegsgefangenen aus England begonnen habe oder in kurzen bevorstehe, hat sich wieder einmal als ein Irrtum erwiesen, der dadurch entstanden ist, daß England einen Abtransport der Gefangenen geneigt ist und im Pariser Obersten Rat darauf hindrängt, bisher aber die Zustimmung Frankreichs nicht erhalten hat.

Durch zuverlässige Information ist der „Frankfurter Zeitung“ hierzu noch bekannt geworden, daß die Zusage der alsbaldigen Heimkehr der Kriegsgefangenen tatsächlich von englischer militärischer Stelle in Köln ausgegangen war und dann gleichfalls von amtlicher Entente-Seite die Mitteilung kam, daß die Verwirklichung dieser Zusage im Obersten Rat zu Fall gebracht worden sei.

Allerlei Nachrichten.

Holz statt Kohle.

Die große Kohlennot des Winters macht einen verstärkten Holzschlag am mindestens ein Drittel erforderlich. Der Mindestbedarf an Holz beläuft sich auf 52 Millionen Festmeter gegen 35 Millionen Festmeter im letzten Friedensjahr. Um diesen verstärkten Holzschlag zu erreichen, soll allen Beteiligten, den staatlichen, gemeindlichen und privaten Forsten, ein Mindesteinschlag auferlegt werden. Für eine solche Maßnahme des Reichswirtschaftsamtes bedarf es aber einer gesetzlichen Grundlage, und daher wird das Reichswirtschaftsministerium demnächst der Nationalversammlung eine Vorlage unterbreiten, in der um die Ermächtigung nachgesucht wird, eine solche Mindestleistung am Holzeinschlag zu verfügen. Die Vorlage soll sich zunächst auf zwei Jahre erstrecken. Man hofft nach Ablauf dieser Frist auf bessere wirtschaftliche Verhältnisse.

Die Gründe der Kohlennot.

In den letzten Tagen ist verschiedentlich darauf hingewiesen worden, daß die Kohlennot ihre Ursache nicht nur in der mangelhaften Förderung, sondern auch in dem Mangel an Transportmitteln habe. Zum Beweise wurde darauf hingewiesen, daß beispielsweise die Halde in Oberschlesien immer mehr wachsen. Dies beweist aber nun, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, nicht, daß die Förderung genügen würde. Wohl wären die Eisenbahnen für einige Zeit versorgt, wenn der ganze Vorrat abgefahren werden könnte. Die Berechnungen zeigen aber, daß die jetzige Förderung weder für die Bahnen noch für die übrigen Bedürfnisse der Industrie und des Hausbrandes genügt. Der Grund liegt an den ungenügenden Leistungen der Vergleite ebenso, wie an den Minderleistungen der Eisenbahnen in den Verhältnissen wie im Betrieb. In der letzten Woche wurden 20 neue Lokomotiven abgeliefert, die meist nach Oberschlesien gingen. Trotzdem hat sich der Bestand an betriebsfähigen Lokomotiven in derselben Betriebswoche um 50 Stück verringert. Es sind also im Bereich der preussisch-bessischen Staatsbahnen 70 Lokomotiven mehr unbrauchbar geworden, als in den er-

weitesten Verhältnissen mit dem doppelten und dreifachen Personal ausbezahlt wurden. Die mangelnden Lokomotiven verursachen auch den Wagenmangel im Westen, da die Wagen zu lange unterwegs sind und die Abstellgleise verstopfen.

Die Kriegsgefangenen.

Das internationale Komitee vom Roten Kreuz verwendet sich in einem Brief vom 22. August beim interalliierten obersten Rat für die möglichst rasche Heimkehr der Kriegsgefangenen aus den Ententeländern. Trotz des formellen Grundes, daß der Friedensvertrag immer noch nicht von drei Großmächten der Alliierten unterzeichnet sei, sollte der darin vorgesehene Heimkehr der Kriegsgefangenen nun doch nichts mehr im Wege stehen, und man müsse schon jetzt Mittel und Wege dafür prüfen. Das heute vorliegende Programm erscheine infolge der großen Zahl der Kriegsgefangenen in den Ententeländern, die sich auf die verschiedensten Gegenden, auch außerhalb Europas verteilen, verwickelter als seinerzeit die Heimkehr der alliierten Kriegsgefangenen aus den Zentralstaaten. Wenn die Heimkehr der beträchtlichen Menschenmassen sofort nach Inkrafttreten des Friedensvertrages beginnen würde, würde sie schon vor Eintritt des Winters beendet sein. Deshalb wünscht das Komitee dringend, daß die in Art. 285 vorgesehene Sonderkommission in den Zustand gesetzt werde, die Arbeiten sofort zu beginnen und daß ferner gleichzeitig Ausschüsse eingesetzt würden, um mit der österreichischen Delegation zu beraten. Diese Maßnahmen würden beweisen, daß die Entente die Kriegsgefangenen nicht einer weiteren Winter-Kriegsgefangenschaft aussetzen und Anordnungen treffen wolle, die rasche Durchführung einer der Hauptbestimmungen des Friedensvertrages zu ermöglichen.

Oberleutnant Herrgott.

Der Kommandeur des 1. bayerischen Schützenregiments, Oberleutnant Herrgott, gilt in Sozialistkreisen als ausgesprochener Monarchist und für überaus verdächtig, deshalb sollte er vom Militärminister Schnepenhorn abgesetzt werden. Laut „Münchener Zeitung“ erschienen nun beim Reichswehrminister Kasse die Vertrauensleute des Regiments mit der Erklärung, das Regiment wolle sich seinen Oberleutnant Herrgott nicht nehmen lassen. Kasse erwiderte: „Da könnt ihr beruhigt sein, den Kopf werden wir ihm nicht herunterum, und wenn es hier nicht mehr geht, dann kommt er zu mir.“

Sturm im braunschweigischen Landtag.

In der Dienstag-Sitzung der braunschweigischen Landesversammlung kam es anlässlich einer Interpellation der Unabhängigen, welche sich gegen die Auffassung des Hauptausschusses richtete, daß nach dem Inkrafttreten der Reichsverfassung der Einspruch des Braunschweiger Landestags als einseitig gegen die Errichtung von Einwohnervereinen und gegen die Verabschiedung des Haushaltsplanes hinwähle, zu Zusammenstößen zwischen dem Abgeordneten Vetter und dem Vizepräsidenten Behrens. Als der Abg. Eddardt trotz des mit einer Stimme Mehrheit gefassten Beschlusses des Hauses ihn von der weiteren Sitzung auszuschließen, sich nicht entfernte, entschied der Hauptausschuss, daß der Ausschluss Eddardts auf Grund der vorliegenden Geschäftsordnung nicht möglich sei. Auf Grund dieses Beschlusses des Hauptausschusses legte der erste Vizepräsident Behrens sein Amt nieder, worauf die Sitzung geschlossen wurde.

Wahlen in Lübeck.

In den Landesausschuss des Fürstentums Lübeck wurden nach dem „Lübeker Totalanzeiger“ gewählt: 11 Mehrheitssozialisten, 8 Deutschnationalen, 6 Demokraten und 1 Unabhängiger. Gegen die letzten Wahlen vom 23. Februar gewannen die Deutschnationalen 1190 Stimmen, die Deutsche Volkspartei 150, wogegen die Demokraten 927 Stimmen verloren und die beiden sozialdemokratischen Parteien 1354 Stimmen einbüßten.

Note Rosen.

Roman von G. Courths-Mahler.

96)

Nachdruck verboten.

Könnte er es denn überhaupt bringen, dieses Opfer? Würde er im entscheidenden Augenblick Herr über sich bleiben? Oder würde er dem starken Egoismus seiner Liebe nachgeben und Josta halten — um jeden Preis? So oder so — was danach kam, war schlimmer als der Tod. Eins war ihm gewiß, er war unter einem Unstern geboren, er hatte kein Glück in der Liebe. Die Frau, die er zuerst geliebt hatte, mußte er lassen, weil man sie von ihm trennte, und die er nun liebte, würde sich selbst von ihm trennen, weil sie ihn nicht lieben konnte.

Während Henning und Josta noch einige Worte wechselten und Rainer stumm und bedrückt bei Seite stand, kam Gräfin Gerlinde hinzu. Sie trug einen langen, kostbaren Pelzmantel und die frische Winterluft hatte ihr Antlitz gerötet. Sichtlich war sie froh über Hennings Ankunft. Sie versprach sich ja so viel von seiner Anwesenheit. Fast herzlich begrüßte sie ihn.

Und bald saßen sie zu viert am See und plauderten. In Hennings Augen war ein heller Glanz, nun er Josta vor sich sah. Auch Jostas Augen strahlten hell und froh. Gleich hatte sie Henning berichtet was auch Gerlinde schon wußte, daß sie die Tochter Georg von Waldow sei, und daß ihr vielleicht eine Schwester lebe.

Henning mußte Josta noch einmal genau erzählen, was er von der jungen Dame wußte, die ihr so ähnlich war.

Henning tat das und sah nur immer in ihr süßes Gesicht, dessen Anblick er wie ein Balsam in sich hineintrug.

Und Gräfin Gerlinde? Sie lag auf der Lauer wie eine Spinne, die gierig zusieht, wie sich eine Fliege ihrem Neze nähert, und auf dem Sprunge ist, aber sie verarschen. Ihr Haß auf Josta hatte sich bedeutend gemildert. Sie war so ganz bereit, ihr liebevoll zu helfen, sich von Rainer zu befreien, um sich mit Henning zu vereinigen. Seit sie glaubte, daß Josta Henning liebte, war ihr Haß zusammengefallen. Wenn

Josta nun tun würde, was sie von ihr verlangte, dann sollte sie in ihr die treueste Verbündete finden. Scheinbar still und friedlich gingen die Weihnachtstage vorüber. Am zweiten Feiertage war man drüben in Rittberg, und am nächsten Tage kamen Rittbergs mit ihren Söhnen zum Diner nach Ramburg; das war die einzige Unterbrechung.

Henning hatte bis zum 8. Januar Urlaub. Aber diesmal hielt das stillfriedliche Glückegefühl in seinem Herzen nicht so lange an, als bei seinem vorigen Besuch. Er konnte die heißen Wünsche bei Jostas Anblick nicht mehr unterdrücken, und die Kraft, sich zu beherrschen, verließ ihn mehr und mehr. Graf Rainer wurde in dieser Zeit ruhelos hin- und hergeritten. Er fühlte, daß etwas geschehen würde, was seinen Frieden vollends ähren würde, und hatte doch nicht die Kraft, das Drohende aufzuhalten und abzuwenden, denn er war nicht egoistisch genug, nur an sich zu denken. Sonst in allen Dingen ein entschlossener, willensstarker Mann, fühlte er sich in dieser Sache, die ihn doch bis ins Innerste traf, wie gebunden und geknebelt.

Und Gräfin Gerlinde ließ Josta und Henning kaum noch aus den Augen. Wie ein ruheloser Geist schlich sie im Schloß umher, lauschend und spionierend. Daß Henning kaum noch Herr seiner selbst bleiben konnte, merkte sie so gut als Rainer. Nur Josta schien jetzt muntler zufrieden zu sein und plauderte froh und angeregt mit Henning. Nur sie allein hatte nicht die leiseste Ahnung, wie es in Hennings Herzen aufschlug. Sie freute sich harmlos, daß er immer wieder ihre Gesellschaft suchte und erzählte ihm zutraulich mancherlei, was sie mit Rainer und Gerlinde nicht zu besprechen vermochte.

Und Gräfin Gerlinde suchte den beiden jungen Leuten wieder und wieder ein ungeführtes Weisheitswort zu schaffen, freilich nur, um sie dabei zu belauschen.

So saßen Henning und Josta eines Tages in der Bibliothek. Draußen war ein heller, klarer Frosttag. Es war nachmittags in der vierten Stunde. Graf Rainer war mit Heilmann in einer geschäftlichen Angelegenheit nach der Stadt gefahren, und Gräfin

Kerne Auswertung der Befragten?

Aus sicherer Quelle verlautet, daß im Obersten Rat eine Neigung mehr bestand, um die Auswertung einer großen Anzahl Militärpersonen von Zentralstaaten zu fordern, nur die Franzosen beharrten auf dieser Forderung. Mehrere ihrer Vertreter brachten und dieser kam zum Schluß, daß nur dann solche Personen vorgelassen werden sollte, wenn sie einwandfrei sein könnten, wenn sie in anderen Ländern unter die Fahnen gefallen würden. Von den Armee-Oberbefehlshabern und solchen Personen, die einen verantwortlichen Posten bekleideten, werde keiner zur Rechenschaft gezogen werden; solche Leute können durch die Gesetze in späterer Zeit gerichtet werden. Die Kabinette der Alliierten haben diesen Beschluß des Obersten Rates zur Kenntnis genommen.

Der Wiederaufbau Nordfrankreichs.

Paris verbreitet eine Ansammlung zur Frage der deutschen Arbeitergeheimnisse für das Ausbaugesamt nach circa 600 000 bis 700 000 Mann von Deutschland angefordert werden sollen, die sich mindestens auf Monate verpflichten müssen. Die Verhandlungen Deutschlands müssen bis zum 1. Oktober durchgeführt sein.

Der Fortgang der Verhandlungen in Versailles über den Wiederaufbau kann als nicht ungünstig bezeichnet werden, da der Leiter der französischen Kommission, der Minister Loucheur, der selbst den Wiederaufbau nahelegt, die praktischen Gesichtspunkte in den Vordergrund stellt. Erweitert wird nach der Meldung aus Berlin, unsere Stellung durch die Gleichzeitigkeit Deutsch-Österreichs, das fast alle Forderungen bedingungslos annimmt. Die Person des Reichsministers steht noch nicht fest, doch sind bereits Verhandlungen mit den führenden Männern der Hoch- und Bauindustrie gepflogen worden. Als das nächste Ziel gilt eine genaue Feststellung des Zustandes der Gebiete, die uns zum Wiederaufbau zugewiesen werden sollen.

Die Lage in St. Petersburg.

Die über Helmsfors aus Pleskau gemeldeten Gerüchte der russischen General Bulat Bulatowitsch über einen Vertreter des früheren in Moskau erschienen „Russej Skomo“, daß Petersburg noch vor Oktober erobert werden könne, nachdem die Kriegserklärungen aus England, darunter auch eine Zahl Tanks, eingetroffen seien. Er glaube, daß Hälfte der Sowjettruppen bei der ersten günstigen Gelegenheit zum Feinde überlaufen werde. Diese erhält in gewissem Grade eine Bestätigung durch vom estnischen Presbureau verbreitete Meldung, nach ein ganzes bolschewistisches Regiment mit dem zu gehörigen Train zu den estnischen Truppen gegangen ist.

Frankreich und Deutschland.

In einem Zeitartikel beschäftigt sich der „Luz mit Deutschland“. Er fordert auf, die Entente in Deutschland auf das genaueste zu verfolgen. Er müsse eine der Hauptaufgaben der französischen Diplomatie sein, denn zu jeder Zeit müßten die Franzosen untereinander sagen: „Sage mir, wie es in Deutschland steht, und ich will Dir sagen, was uns erwartet.“ Deutschland sei im Begriff, politisch, wirtschaftlich, militärisch eine Einheit zu werden. Politisch sei in der Verfassung klar ausgesprochen. Wirtschaftlich ergäbe hierzu den Grundstein gelegt. Auch wirtschaftlich schide sich Kasse an, die Einheit zu erzielen. Sei nach München gereist um auch die Leitung bayerischen Armee zu übernehmen. Das Blatt „Wenn Italien und England sofort nach der Ratifizierung des Friedensvertrages ihre Botschafter nach Berlin entsenden, so müsse Frankreich selbstverständlich Beispiel folgen, der die erforderlichen Kredite Männer zur Verfügung habe, um festzustellen, Deutschland auf allen Gebieten unternehmen.“

Gerlinde hatte sich gleich nach Tisch zurückgezogen, um ins Witwenhaus zurückzukehren. Dies war jedoch ein Vorwand. Da sie wußte, daß Henning und Josta in die Bibliothek gehen wollten, war sie, statt zum dem Witwenhaus, von der großen Halle aus hinauf nach den Galerien gegangen und hatte sich in der Bibliothek hinter ein hohes Büchergestell auf der Galerie versteckt.

Kurz nachdem sie ihren Laufherposten eingenommen hatte, betraten Josta und Henning unter der Bibliothek und nahmen so Platz, daß Gräfin Gerlinde sie beobachten konnte.

„So, Henning, nun können wir uns ungestört in Ständen in das Studium der alten Chroniken vertiefen“, sagte Josta froh. „Du glaubst nicht, was schon für interessante Geschichten darin gefunden werden.“ Zeitweilig war das meine einzige Unterhaltung den vergangenen Monaten.“

Sie hatte sich in einem der hohen Bücherständer niedergelassen, der am Ramin stand, in dem mehrere Holzstücke brannten. Auf ein Tischchen neben dem Henning einen Kasten, in dem er gebundenen Band. Dann setzte er sich ihr gegenüber und laserte in dem Buche.

„So — hier waren wir gestern stehengeblieben“, Josta, bei der Geschichte der Gräfin Ulrike, die Gemahl am Westurm im Burgverließ gefangen monatelang, weil sie sich gegen sein Gebot verweigert hatte.“

„O, was war das für eine gewalttätige Szene“, Josta schauerte.

„Die Zeit des Faustrechts“, sagte Henning.

„Möchtest du in dieser Zeit gelebt haben, Henning?“ fragte sie schelmisch lächelnd.

Nur zu selten sah er jetzt in ihrem Gesicht das bezaubernde Lächeln. Er konnte seine Augen nicht von ihr lassen, mußte sie ansehen, und dies Lächeln schlich hinein. Und in seinen Augen flammte plötzlich auf. Die heiße, verzehrende Sehnsucht nach ihrem Besitz, die er kaum noch verbergen konnte, brannte ihm aus den Augen.

(Fortsetzung folgt)

Industrie und Exportinteressen.

Deutschland war vor dem Kriege ein Industrie- und Exportland ersten Ranges. Unsere gesamte Ein- und Ausfuhr betrug rund 22 Milliarden Mark im Jahr. Die Eigenart unserer Volkswirtschaft bestand darin, daß wir Rohstoffe aus dem Ausland einfuhren, sie mit Hilfe einer hochentwickelten Industrie verarbeiteten und einen bedeutenden Teil der Fertigwaren auf den Weltmarkt warfen. Nur so konnten wir unser damaliges Wohlstandsniveau erhalten. Wenn uns auch das Aufsteigen auf dem Weltmarkt nach dem unglücklichen Ausgang des Krieges sehr erschwert sein wird, so müssen wir doch alles daran setzen, hier wieder zur Geltung zu kommen.

Auch mit der durch Kriegsverluste und Gebietsabtretungen stark verminderten heutigen Bevölkerungsziffer von etwa 60 Millionen können wir vom heimischen Markt allein nicht leben. Und eine völlig nationale Wirtschaft, eine Volkswirtschaft der totalen Selbstgenügsamkeit, wäre bei aller theoretischen Möglichkeit praktisch für uns kein Fortschritt. Der „geschlossene Handelsstaat“ des Philosophen Nietzsche würde volkswirtschaftlich, technisch und kulturell einen Rückschritt bedeuten. Gewiß, im Kriege haben wir für eine kurze Zeit, als auch die Zufuhren aus neutralen Ländern so gut wie ganz ausfielen, eine solche autarke Wirtschaft gehabt. Aber möchte sie sich heute zurückwünschen? Eine Wirtschaft der Selbstgenügsamkeit würde uns in Zukunft, selbst wenn sie in den geringsten inneren Dingen sich bewegte, wo wir auch hinsichtlich unseres Konsums vor dem Kriege auf unglückliche mit dem Weltverkehr verknüpft waren, Entbehrungen bringen, zu denen wir uns nur durch ungern bequemen würden. Eine Zurückführung von Millionen von Arbeitskräften auf Land würde auch, wenn sie sich glatt durchführen ließe, zu einer völligen Umstellung unserer ganzen Bevölkerungsführung und unserer Volkswirtschaft führen.

Müssen wir uns also in Zukunft wirtschaftlich wieder auf dem Weltmarkt betätigen, so liegt das aber zugleich im Interesse des Auslandes. Auch dieses hätte seinen Nutzen davon, wenn wir uns zur Hauptfachexporteur auf den Heimatmarkt zurückziehen und vom Weltmarkt als Käufer und Verkäufer verschwinden würden. Ziehen wir einen Vergleich! 1891, also mit dem Übergang zur Handelsvertragspolitik, die den Aufschwung unserer Ausfuhrindustrie brachte, betrug der Spezialhandel (d. h. der Außenhandel nach Abzug der wieder ausgeführten Waren) Deutschlands zusammen 742 Millionen Mark Wert, wovon 3339 Millionen Mark auf die Einfuhr, 4403 Millionen Mark auf die Ausfuhr kamen. 1913 belief sich der Wert des Spezialhandels auf weit mehr als das Doppelte, auf 20 368 Millionen Mark, wovon 10 770 Millionen Mark auf die Einfuhr und 10 098 Millionen Mark auf die Ausfuhr entfielen. Würde unsere Wirtschaft wieder zurückgehen, etwa auf den Stand von 1891, dann müßten zugleich auch die Ziffern unserer Einfuhr und unserer Ausfuhr entsprechend sinken, d. h. auch das Ausland würde seine ehemaligen Lieferungen an uns nicht mehr bei uns anbringen können. Eine solche Zurückschraubung der Wirtschaft könnte unmöglich auch dem Ausland willkommen sein, wie sie andererseits schwerlich den Ideen seiner Entscheidung würde, die in einem Völkerverbund die Ziele einer auf einem Weltfrieden und den gemeinsamen Interessen aller Völker aufgebauten Weltwirtschaft verfolgen.

Allerdings wird es uns nicht leicht fallen, auf dem Weltmarkt wieder ihren Fuß zu fassen. Schon vor dem Kriege wurde unserer Ausfuhrindustrie das Pandem auf den Plätzen des Welthandels in steigendem Maße erschwert, indem ein Staat nach dem andern dazu überging, Ausfuhrzölle zu erheben. In den Jahren 1896 bis 1906 erfuhr die Ausfuhr von Halb- und Ganzfabrikaten aus Großbritannien eine Vermehrung um 48 Prozent, die Frankreichs um 60,9 Prozent, die Österreichs um 65,7 Prozent, die des Deutschen Reiches um 91,5 Prozent, die der Vereinigten Staaten um 116,5 Prozent und die Russlands um 230,8 Prozent. Selbst kleinere Staaten sahen ihre Ausfuhrzölle wachsen. So die Schweiz um 51,2 Prozent und Holland um 45,2 Prozent. Die Folge davon war, daß im Jahre 1906 nicht weniger als um rund 8 Milliarden Mark mehr Fabrikate auf den Weltmarkt gebracht wurden, als 10 Jahre vorher.

Dieser für uns ungünstige Zustand droht sich noch dadurch weiter zu verschlechtern, daß im Kriege die Neigung zur Nationalisierung der eigenen Industrie in den Ländern, die starke Abnehmer unserer Waren waren, ganz bedeutend gestiegen ist.

Mandatsverzichte der Unabhängigen?

Wie der „Vorwärts“ meldet, werden sämtliche Abgeordneten der Unabhängigen auf den Protest gegen das Vergehen gegen den Verfassungstat hin ihre Mandate niederlegen. Der „Vorwärts“ gliedert diesen Entschluß in folgendem: Die Berliner Arbeiterräte und Funktionäre, sowie die Betriebsräte der Unabhängigen und Kommunisten haben gesprochen. Der Spruch ist anders als gefallt, als die Führer es erwartet haben. Die Antwort auf die Ermittlung des Rumpf-Vollzugsrates sollte in der Erklärung des Generalstreiks bestehen. Aber Groß-Berlin wollte nicht. Soviel auch geredet wurde, der Generalstreik wurde abgelehnt. Wiesbaden protestiert. Die Mitglieder des Rumpf-Vollzugsrates legten ihre ganze Kraft hinter diesen Antrag. Auch nicht. Der Proteststreik wurde abgelehnt. Die Arbeiterchaft hat endlich eingesehen, daß sie heute nicht gegen die Kapitalisten, sondern gegen sich selbst streift. Die Arbeiter sind daher nicht mehr aus den Betrieben herauszubekommen. Die Unabhängigen und Kommunisten müssen vor dieser Tatsache die Segel streichen. Der Generalstreik abgelehnt, der Proteststreik abgelehnt. Was nun? Eine so wichtige Versammlung, die der Weltrevolution im Siege verhelfen sollte, konnte aber doch nicht ohne irgend ein Ergebnis auseinandergehen. Da kam in der höchsten Not der rettende Antrag, die unabhängigen Abgeordneten sollten aus dem Parlamenten austreten. Und siehe da, die-

ter Antrag wurde angenommen, sogar nahezu einstimmig. Die Saase und Adolf Hoffmann, die Wenzel und Eichhorn werden also jetzt ihr Mandat niederlegen und ihre Nachfolger auf den Listen werden die weggeworfenen Mandate nicht ausheben. Die Parlamen- und Stadtverordnetenversammlungen werden ringefest von Unabhängigen. Nun wird der Klassenkampf gedeihen und die Weltrevolution mit Räte-System wird eilends nahen. Inzwischen es gibt kein Gebarmen: Watsch, hinaus! heißt es und gegen einen so strikten Befehl gibt es keinen Widerspruch.

Die „Freiheit“ meldet im Anschluß an die Befragung der Räte des Vollzugsrates am Samstag, daß Schupfhaftsehele gegen dessen Mitglieder Ernst Däumig, Richard Müller u. a. ausgestellt wurden.

Polens Verhalten.

Polnische Angriffspläne.

Der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ wird aus Breslau gemeldet: Obergeschleichen schwebt in außerordentlicher Gefahr durch die Polen. Personen, die über die Grenze gekommen sind, berichten von sehr starken Truppenansammlungen auf polnischer Seite, deren Anzahl auf mindestens 80 000 Mann geschätzt wird. Es sind Gerüchte an deutsche Dienststellen gelangt, wonach ein großräumiger polnischer Angriffspläne für den 1. September vorbereitet wird. Diese Mitteilung bedürfte noch der Bestätigung, doch wird ihr schon jetzt von amtlicher Seite Bedeutung beigegeben.

Der polnische Aufstand.

Von zuständiger Seite erhält eine Berliner Korrespondenz folgende athenmäßigen Belege, die über die Organisation des polnischen Aufstandes in Oberschlesien interessante Aufschlüsse geben. Es ist gelungen, Personen der P. O. B. (Polsta Organizacja Bojowa) der bewaffneten Bewegung festzunehmen, bei denen man Schriftstücke fand, aus denen sich die Mitarbeit der polnischen Behörden, ihre finanzielle Unterstützung und ihr leitender Einfluß auf die gesamte Bewegung ergibt. Zunächst gelang es am 16. August, einen Geheimtürer festzunehmen, aus dessen mitgeführten Depeschen als Sitz der polnischen Staatsquartiere für Oberschlesien Schwarzwasser in Oesterreich-Schlesien festgestellt wurde. Als Kommandant der polnischen Heeresorganisation für Schlesien zeichnet i. B. Bygleda. Anschließend gelang es nachher, am 16. und 17. August drei Kurier mit Kurierausweisen des Kommandanten der P. O. B. auf dem Wege von Schwarzwasser nach Schlesien mit einer Nachricht an die Kommandanten der Kreise Kreuzberg, Rosenburg, Lublitz, Rybnitz, Hindenburg, Gleiwitz und Glez festzunehmen. Im Anschluß hieran gelang es ferner, bei einem Versuch nach Schlesien einzubringen, den ersten Stabschef im Operationsgebiet Joseph Ulla, Rybnitz, Kreis Rybnitz, festzunehmen. Er war im Besitz des gesamten Nachrichtenmaterials, namentlich einer genauen Zusammenstellung der in ganz Schlesien stehenden, sowie noch eingetroffenen deutschen Truppen.

Von polnischer Seite wird in Grunland eine leidenschaftliche Agitation eingeleitet. Das ermländische polnische Volksabstimmungs-Komitee stellt in einem Aufruf folgendes Programm fest: Wir treten in einen Zeitabschnitt des Kampfes um die Zukunft Polens ein. Es handelt sich um die Weichsel und um die Ostsee. Es darf keinen Polen geben, für den Grunland und Masurien weniger wert sind, als Warschau, Krakau, Wilna, Lemberg und Danzig. Grunland und Masurien müssen polnisch werden.

Die polnischen Schiffsahrtspläne.

Wie den „Pol. Parl. Nachr.“ aus Warschau gemeldet wird, hat die polnische Regierung bereits eine umfassende Tätigkeit zur Schaffung der polnischen Handelsflotte eingeleitet. Durch das Kriegsministerium ist ein Beirat für die Handelsflottensahrt berufen worden mit folgenden Aufgaben: Feststellung des rechtswirtschaftlichen Verhältnisses der Regierung zu den Seeschiffahrtsunternehmen, Aufstellung eines Planes der für Polen gewünschten Schiffsahrtslinien und endlich für Fragen, die mit der Schaffung und der Entwicklung der polnischen Handelsmarine zusammenhängen, wie Unterstützung der Schiffsahrtsunternehmen, des Schiffsbauwesens, Einführung des Handelsrechtes, Zoll- und Tarifangelegenheiten, Ausbildung des Personals im In- und Ausland, Verwaltung der Seehäfen, Erweiterung des Danziger Hafens, Seeschiffahrtskonventionen, Schiffsversicherungen, Unterstützung der Seefischerei, Rückwanderungsbewegung, Polonisierung von technischen Berufen und anderes mehr.

Lokales und Provinzielles.

Schierstein, den 28. August 1919.

„Hinweis. Auf die Bekanntmachung der Eisenbahndirektion betr. Fahrpländerung ab 1. September wird noch besonders hingewiesen.“

„Tariferhöhung im Personenverkehr“ Die Verhandlungen zwischen den deutschen Staatsbahnverwaltungen sind, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, im wesentlichen abgeschlossen. Die deutschen Staatsbahnen müssen auch für 1919 mit erheblichen Fehlbeträgen rechnen. Eine Verringerung der Ausgaben, die selbstverständlich auf allen Gebieten angestrebt wird, kann besonders angesichts der weiter steigenden Ausgaben für Beamte und Arbeiter nicht zu Ergebnissen führen, die gegenüber diesen Fehlbeträgen, die z. B. Beispiel der preussischen Staatsbahn auf 3 1/2 Milliarden geschätzt werden, wirklich zu Buche schlagen. Da an dem Grundsatz festgehalten werden muß, daß ein Staatsbetrieb wie die Eisenbahnen sich selbst erhalten muß und nicht auf Zuschläge zu verweisen ist, die letzten Endes von der Allgemeinheit durch Steuern aufgebracht werden müßten, bleibt also nur übrig, die Einnahmen durch eine Erhöhung der Tarife zu steigern. Diese Erhöhung müßte, um Ausgaben und Einnahmen ins Gleichgewicht zu bringen, durchschnittlich auf 100 v. H. der geltenden Tarife bemessen werden. Mit Rücksicht auf die damit verbundene enorme Belastung des

Wirtschaftslebens werden die Staatsbahnen aber versuchen, mit einem viel niedrigeren Satz auszukommen. Im Personen- und Gepäcksverkehr sollen sämtliche geltenden Fahrpreise und Gepäcksfahrpreise um 50 v. H. erhöht werden. Die Erhöhung trifft also gleichmäßig alle Wagenklassen und alle Arten von Fahrtenstufen. Erwogen wird bei dieser Gelegenheit, eine seit langem angeregte Neuerung einzuführen, nämlich eine billige, der Arbeiterwochenkarte nachgebildete Zeitkarte ohne Beschränkung auf einen bestimmten Benutzerkreis. Auch über die Erhöhungen im Nahverkehr der Großstädte ist die Prüfung noch nicht abgeschlossen. Es wird angestrebt, zur Schonung des Berufs- und Siedlungsverkehrs hier nach Möglichkeit Erleichterungen bei der Tarifierhöhung eintreten zu lassen. Als Zeitpunkt für die Durchführung der Tarifierhöhung ist der 1. Oktober 1919 in Aussicht genommen.

„Der Schiffsverkehr auf dem Rhein“ bebt sich von Woche zu Woche, und im Kohlentransport hält erfreulicherweise die Steigerung an. Täglich passieren mehrere große Schleppzüge, die nicht selten 6-7 schwerbeladene Schiffe im Anhang haben, auf der Bergfahrt unseren Ort. Ein einziger Schleppzug dieser Art arbeitete sich am Montag früh mit 7 Anhangsschiffen, die nahezu 200 000 Zentner Kohlen geladen hatten, Stromaufwärts. Zwar können bei dem derzeitigen Wasserstand die großen Lastschiffe nicht mehr mit voller Ladung verkehren, doch stellt sich der lässlich hier vorübergehende Kohlentransport schon recht hoch, auf nahezu 1 Million Zentner. Er könnte nach dem Urteil der Schiffsleute noch weit erheblicher sein, wenn sich der Schiffs- und Wagenraum im Ruhrgebiet nicht so empfindlich bemerkbar machen würde. Von dem Wasserstand des Rheins hängt sehr besonders viel für unsere Kohlenversorgung ab. Glücklicherweise ist in dem bisherigen Rückgang jetzt ein langsames Tempo eingetreten. Der neue ausgenommene Personenverkehr auf den großen Dampfern der Köln-Düsseldorfer Gesellschaft bewegt sich in recht mäßigen Grenzen.

„Fortschall der Briefmarken.“ Die Reichspost wird, wie halbamtlich verlautet, die Vorfremachung von Postsendungen einführen, wodurch das zeitraubende Aufkleben der Marken weggelassen würde. Auch die durch Einstellen der Fremdenfabrikation entstehenden Ersparnisse wären enorm.

„Freimachungswang für alle Postsendungen.“ Um den postalischen Verkehr zu vereinfachen, müssen nach dem neuen Gesetz über die Postgebühren sämtliche Postsendungen freigemacht werden. Für Postanweisungen bestand dieser Zwang von jeher. Jetzt wird er auf Pakete und Wertbriefe ausgedehnt. Die gleichzeitige Einführung der Entrichtung des Bestellgeldes durch den Absender ergibt sehr hohe Paketgebühren. Das kleinste Paket in die nächste Umgebung kostet höchstens 75 Pfennig, das teuerste bis zum Gewicht von 20 Kilogramm auf die größte Entfernung kommt auf nicht weniger als 6 Mark zu stehen. Das frühere 50 Pfennig-Paket bis zum Gewicht von 5 Kilogramm kostet künftig 1,25 Mark, 5-10 Kilogramm kosten in der Nahzone bis 75 Kilometer 1,50 Mark, in der Fernzone darüber hinaus 2,50 Mark, 10-15 Kilogramm 3 und 5 Mark, 15-20 Kilogramm 4 bis 6 Mark.

„Französisches Militär-Polizeigeicht-Wiesbaden-Land.“ Ohne Paß kam unlängst A. H., gebürtig aus Biedrich, aus dem unbefehlten Gebiet. Sie wurde angehalten und verfiel in eine Gefängnisstrafe von zwei Tagen und in eine Geldstrafe von 50 Mark. — Aus demselben Grunde erhielt A. V. aus Biedrich eine Gefängnisstrafe von 15 Tagen. — Der Landwirt P. B. aus Delkenheim hatte bei der Abhaltung eines Appells eine ungebührliche Haltung an den Tag gelegt. Urteil: 50 Mark Geldstrafe. — Weil sie anmaßende und ungebührliche Reden gegen die französische Autorität gebrauchte, verurteilte das Gericht J. D. und Th. S., beide aus Biedrich, zu einem Monat Gefängnis bzw. zu einer Gefängnisstrafe von fünfzehn Tagen. — Akl. Einwohner aus Wallau, Schierstein und Biedrich wurden in Geldstrafen von fünf bis zwanzig Mark wegen Pöbelschreien und Uebertretung der Polizeistunde genommen.

„Reform der Reichsversicherungsordnung.“ Die Reichsregierung plant, eine Reform des vierten Buches der Reichsversicherungsordnung vorzunehmen und die Beiträge für die Reichsversicherungen durchweg zu erhöhen. Eine Erhöhung der Beiträge läßt sich wegen der beabsichtigten Erhöhung der Renten nicht umgehen. Das Reich will in Erwägung ziehen, ob in Zukunft ein Teil der Rentenzulage nicht vom Reich übernommen werden kann, um die Träger der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung nicht zu stark zu belasten. Ob es möglich ist, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen.

„Andere folgen nach.“ Die „Frktr. Nachr.“ melden: Die Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Grundbesitzer, die bisher die Müllabfuhr für Berlin besorgte, muß nach der Aufhebung der Reserven liquidieren. Ursache ist die Erhöhung der Löhne für die Müllkutscher um fast das Siebenfache der Vorkriegszeit, wozu die enorm gestiegenen Preise für Pferde und Material kommen. Den Beamten der Genossenschaft ist zum 1. Oktober gekündigt worden. Solcher Zusammenbrüche wirds bald mehr geben.

„Niederwalluf, 25. Aug.“ Die beiden hiesigen Gesangsvereine haben sich zu einem Verein unter dem Namen „Sängervereinigung Niederwalluf“ zusammengeschlossen. Die gesangliche Leitung liegt in den Händen Herrn Karl Reinhardt aus Schierstein.

Be rmischtes.

Die kaiserlichen Postwagen. Im Marfiall in Berlin, an dessen Fassade jetzt erst allmählich die Spuren der Straßenkämpfe verschwinden, fand eine Versteigerung der Wagen des früheren kaiserlichen Hofes statt. In Friedenszeiten war dieser Marfiall mit seinen großen Ställen, mit seinen etwa 300 Wagen, mit den historischen Galawagen und Schritten eine Sehenswürdigkeit von Berlin. Von dieser Herrlichkeit ist nur ein geringer Teil übriggeblieben. Die Pferde sind zum größten Teil schon vorher versteigert worden. Die historischen Wagen, unter denen auch der berühmte Schlitten des Großen Kurfürsten, kommen natürlich nicht zur Versteigerung, sondern werden in Museen übergeführt. Die Klausuristen mußten, um überhaupt Zutritt zur Auktion zu bekommen, einen Betrag von 500 Mark hinterlegen, was genügt, um das bloß schaulustige Publikum fernzuhalten. Insgesamt wurden 65 Wagen verkauft und 400 000 Mark dafür erzielt. Am meisten von den Käufern begehrt waren Landauer und sogenannte Viktoria; erstere erzielten bis 13 000 Mk., letztere bis 11 000 Mk. Für Baumontwagen, die durchschnittlich in einem Privathaus halt weniger zu verwenden sind, wurden nur 4—5000 Mark erzielt. Jagdwagen und Dogcartis waren beliebter, sie erzielten je nach der Größe 4—10 000 Mark. Käufer waren meist Emporkömmlinge und Arzgewinnler.

Nadel. Nadel sollte nach seiner Gastentlassung nach Ausland abgeführt werden. Wie die „Voss. Zig.“ erfährt, weigerten die englischen Behörden in Litauen sich, ihn durchzulassen, obwohl Nadel sich erhötig machte, in Moskau gegen die weitere bolschewistische Agitation unter den englischen Truppen einzuschreiten. Es bleibt daher einweilen nichts übrig, als Nadel in Schutzhaft zu behalten.

Bei einem Einbruch in das städtische Arbeitsamt in P a r m e n erbeuteten die Einbrecher aus dem eisernen Geldschrank, den sie unter Anwendung eines Säuerstoffgaszuges gesprengt hatten, 86 000 Mark in kleinerem Papiergeld. Die Einbrecher sind unerkannt entkommen.

Verhaftete Geldfälscher. Eine Falschmünzwerkstätte wurde in P a r m e n in vollem Betriebe aufgehoben. Bis jetzt sind acht beteiligte Personen festgenommen, darunter ein Steinbruder und ein Expedient.

Verbot des Waffenhandels. Eine Bekanntmachung des Oberbefehlshabers verbietet für Berlin und Umgebung grundsätzlich den An- und Verkauf von Schusswaffen, Munition und Sprengmitteln.

Waffenmörder. Zu den Untaten des Fallenhagener Massenmörders Schumann meldet das „Berl. Tagebl.“ u. a.: Unter der drückenden Last der Beweise legte Schumann ein weiteres Geständnis ab. Er gibt nun zu, den Schlosser Kivitt und dessen Frau Berta Reich am Fallenhagener See ermordet und beraubt zu haben. Auch den Mord an dem Fallenhagener Gemeindevorstand Engel gesteht er zu. Engel habe ihn, als er abends von einem Einbruch zurückkehrte, überrascht. Es sei dann zwischen ihm und Engel zu einem Kampf gekommen, wobei er den Wüter durch mehrere Schüsse niedergestreckt habe. Ferner gibt Schumann zu, auch den Lehrer Paul in seinem Sommerhäuschen ermordet zu haben. Paul hatte ihn einige Tage vorher im Walde überrascht, als er eine Frau vergewaltigen wollte, und ihn verschleucht. Aus Rache habe er Paul erschossen und dann versucht, Pauls Frau und Tochter in einer Laube zu verbrennen. Ferner gestand Schumann ein, in den letzten Jahren im Fallenhagener Forst über zwanzig Frauen überfallen und vergewaltigt zu haben. Auch gibt er zu, einige Personen durch Schüsse schwer verletzt zu haben. Ebenso gestand er eine Anzahl von Brandstiftungen ein und bestritt auch nicht mehr, daß er dabei die Feuerwehren vom Forst aus beschossen hat.

Bilder-Diebstahl. In Berlin wurde aus der Nationalgalerie ein mit dem Monogramm J. D. und der Jahreszahl 1835 gezeichnetes Gemälde von J. D. Mann aus dem Rahmen geschnitten und gestohlen.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Betr. Umbau der Wiesbadenerstraße.

In den nächsten Tagen wird mit dem Umbau der Wiesbadenerstraße begonnen.

Die Grundstückbesitzer werden ersucht, das Betreten der Grundstücke zum Zwecke der Abschätzung und Vermessung zu dulden.

Bekanntmachung.

Bezüglich der Gerste sind folgende Bestimmungen getroffen:

Den Betriebsunternehmern steht von der selbst angebauten Gerste zur Selbsternährung pro Kopf und Monat 10 Pfund und außerdem für jedes Mutter Schwein, für welches der Beweis des Wurfs erbracht ist, 2 Ztr. zur Verfügung.

Betr. Pflichtlieferung von Hafer.

Der Gemeinde ist eine größere Pflichtlieferung von Hafer auferlegt worden. Verkäufe von Hafer an andere Stellen als die Gemeinde sind bis zur Erfüllung der Lieferung verboten. Die jedem Erzeuger auferlegte Lieferungs menge wird in den nächsten Tagen mitgeteilt werden.

Betr. Ausgabe von Krankenbutter.

Freitag, den 29. ds. Mts., vormittags von 8—9 Uhr, findet auf dem Rathause die Ausgabe von Krankenbutter statt.

Die ärztlichen und kreisärztlichen Ausweise sind vorzulegen.

Betr. Ausgabe von Kartoffeln.

In den hiesigen Lebensmittelgeschäften kommen in dieser Woche für die versorgungsberechtigte Bevölkerung pro Person 7 Pfund Kartoffeln zur Ausgabe. Ein Pfund Kartoffeln kostet 2 Pfennig.

Küchentliche,

große und kleine zu verkaufen bei

Braun, Mainz,
Seltigrabgasse 6.

Kleiderjähre,

1 kürige, 2 kürige, 170 cm breit, preiswert zu verkaufen.

Braun, Mainz,
Seltigrabgasse 6.

Betr. Versteigerung von Birnen, Kastanien und Nüsse

Die der Gemeinde gehörenden

Birnen, Kastanien und Nüsse

werden am Freitag, den 29. d. Mts., 4 Uhr nachm. öffentlich meistbietend an Ort und Stelle versteigert. Zusammenkunft: Bahnübergang an der Wiesbadenerstr.

Betr. Ausgabe von Lebensmitteln.

In den hiesigen Lebensmittelgeschäften kommen diese Woche 250 Gramm Weizenmehl zum Preise von 85 Pfg. das Pfund und 125 Gramm Reis zum Preise von Mk. 2.20 das Pfund zur Ausgabe.

Betr. Ausgabe von Gerstenmehl.

Die Ausgabe von Gerstenmehl für Kinder und Kranke findet Samstag, den 30. ds. Mts. vorm. von 9—10 Uhr auf Zimmer 4 im Rathause gegen Vorzeigung der Ausweise statt. Ein Pfund kostet 80 Pfennig. Die Beträge sind unbedingt abgezählt mitzubringen.

Als verloren ist gemeldet:

Eine Peitsche.

Näheres auf Zimmer 1 des Rathauses.

Schierstein, den 27. August 1919.

Der Bürgermeister: Schierstein

Fahrplanänderungen.

Vom 1. September d. Js. ab treten nachstehende Fahrplanänderungen in Kraft:

Es werden wie folgt früher gelegt die Züge:

Pz. 501 Worms . ab 403 — Mainz Hbf. an 535 vorm.
" 518 Mainz Hbf. ab 122 — Worms . an 252 nachm.
" 433 Alzey . ab 416 — Mainz Hbf. an 535 vorm.

Nachstehende Züge werden wie folgt weiter geführt:

Pz. 1843 Worms ab 257 — Bingen an 504 nachm.
" 1864 Alzey ab 522 — Worms an 756
" 1355 (Sonntags) Runkheim ab 1258 — Wiesbaden an 158 nachm.

Pz. 1332 verkehrt wie folgt:

Mainz Hbf. ab 455 — Goldstein an 555 nachm.

Mainz, den 25. August 1919.

Eisenbahndirektion Mainz.

Genehmigt am 16. August 1919 durch die Interalliierte Kommission der Eisenbahnen der Rheinlande.

Atelier für mod. Photographie.

F. Stritter, Biebrich, Rathausstrasse 94.

Moderne Photos, Photoskizzen, Gruppenbilder, Heimaufnahmen, Vergrößerungen nach jedem Bild.

Reisepassbilder in sofortiger Ausführung.

Aufnahme bei jeder Witterung, bis abends 6 1/2 Uhr Sonntags von vorm. 10 bis nachm. 6 1/2 Uhr geöffnet.

Monsieur Louis Renet, Direktor der Mainzer Agentur der Société Commerciale Franco-Britannique [Paris-Londres] bietet zu sehr günstigen Preisen u. in grossen Mengen an:

1. 400000 Kilo verschiedene Leder, davon 15000 grüne Häute Rio de Janeiro (1/2 Ochsen u. 1/2 Kühe) sofort franko Köln lieferbar.
2. Verschiedene Arten industrielle Fette u. Öle, Marken der Häuser: Snowdon, Sons & Co., Ltd. Millwall, London, lieferbar in grossen Quantitäten.
3. Leinen u. Baumwollgewebe, verschiedene Futterstoffe, Flanelle, Velours, Satins, tenniss usw. (der Häuser Walley und Hollins, London).
4. Ein grosses Quantum Halbschuhe u. Stiefel (für Herren, Damen und Kinder).
5. Elegante Mützen (Marineformen, Radfahrer- u. engl. Formen).
6. Roh-Caoutchouc, Marke „The Avon Soleite“.
7. Pneumatics, Marke Simplex Rubber.
8. Ein bedeutendes Quantum Herren-Anzug-Stoffe (Ausverkauf zu sehr günstigen Preisen und Taschentücher in Halbsende, Farbe: Kaki).
9. 420000 Kilo amerikanisches Schmalz à Frs. 6.60 d. K.
10. 1000000 Büchsen kondens. Milch (gezuckert unabgerahmt) Marke: Standard 400 Gramm-Büchsen in Kisten von je 48 Büchsen.
11. Indischer u. franz. Schellack in grossen Quantitäten von Frs. 8.50 — Frs. 16.— das Kilo.
12. 456000 englische Kerzen. Verkauf in Kisten zu 48 oder 72 englische Pfund, das Kilo 5 Frs.
13. Cichorie 1,20, 1,30 Frs. das Kilo.
14. Büroartikel: Wolffs Bleistifte, verschiedene Gummis, Metallfedern: „Back Fin“ Schreibmaschinen-Papier und geripptes Papier, seidene Schreibmaschinenbänder etc.

Sich wenden oder schreiben an die Mainzer Agentur, Kaiser-Wilhelm-Ring 22.

Spiegelblant

werden insoleum, Parfett bei fortlaufendem Gebrauch von Parfettbodenwische

Roberin

kleiniger Hersteller: Carl Gentner, Göttingen (Württemberg)

Zigaretten

Einige 100 Mille amerik. und englische, versteuert, bandrollet, wie auch Zigarren, Tabak, Feinschnitt mit Uebers. gemischt, laufend abzugeben.

H. Scheuer, Mainz, Zangg. 26, Hth., 1.

Billige Leiterwagen u. einzelne Räder eingetroffen. Große Sendung Küchenstühle eingetroffen.

E. Lichtenstein, Mainz,

Telefon 2727. Reichsstr. 10.

Trauerhüte Trauerschleier Trauerflore

grösste Auswahl billigste Preise

Modehaus Ullmann

Wiesbaden, Kirchgasse 21, Tel. 2972.

Anfertigung von Maß-Schäften in tadell. Ausf. u. kürzester Lieferungsfrist.

H. Färber, Wiesbaden, Wörbstrasse 19, 1.

Umpressen von Filz-, Velour-, Feller- und Sammethüte

nach den neuesten Modellen werden schnellstens geliefert. Berta Spielmann, Wiesbaden, Bleichstr. 20.

Damen- u. Herrenhüte werden nach den neuesten Formen umfassoniert.

Frau Färber, Bebrstrasse 21.

Gebrauchte Möbel,

in gut erhaltenem Zustand kaufen Sie stets gut u. billig bei

Braun, Mainz,

Seltigrabgasse 6, S.

Tenorhorn,

grades Formel, billigst zu verkaufen.

Braun, Mainz,

Seltigrabgasse 6 H.

Achtung! Fahrräder

von 100 M. an in jeder Preislage

Neue Aufpaddeln

55 und 60 M., Friedens-

qualität, sonstige

Schläuche

20 u. 35 M. zu verkaufen.

H. Schmidt, Wiesbaden,

Yorkstrasse 13, Mth.

Wein-Etiketts

in feinsten Ausführung nach vorliegendem Musterbuch liefert

Druckerei W. Brühl

Fußboden-Öl

in guter staubbinder Qualität.

Drogerie Strauven,

Mainz, Quintinsstrasse 10

Telefon 1361.



Die Stiefel der Frau und des Herrn Gemalt Erstrahlen im Glanze von Erdal.

Erdal

schwarz — gelb — braun

Alleinhersteller:

Werner & Mertz, Mainz.

2 egale nußb. Betten

1 gr. nußb. Kleiderstuhl

1 Ottemanns Serwientisch

zu verkaufen.

Mainz, Quintinsgasse 17, 2.

Fast neuer

Herd,

50 x 80 groß.

2 Stierjoch für Kühe und

1 großer runder Tisch zu

verkaufen.

Näheres Querstrasse 2.

Schulranzen

Grösste Auswahl.

Billigste Preise

offert als Spezialität

A. Letschert Wiesbaden, Faulbrunnstrasse 10

Reparaturen.